

Autor: Hellwig, Martin
Seite: 056

Quellrubrik: Gastkommentar

Eigentor der Bundesbank

Die "Wacht am Main" stellt die Unabhängigkeit der Notenbank zur Disposition, meint Martin Hellwig.

Erinnern Sie sich noch? In der guten alten Zeit vor dem Euro schimpfte die Bundesbank sehr oft, die Lohnabschlüsse seien zu hoch, die staatliche Finanzpolitik zu verschwenderisch und die Inflationsgefahr groß. Sie trat dann kräftig auf die Bremse, es gab eine Rezession und höhere Arbeitslosigkeit, die Lohnabschlüsse wurden moderater, und die Politik war weniger verschwenderisch.

Dieses Verhalten der Bundesbank war sehr kontrovers. Sie hielt dagegen, sie sei unabhängig und nur für Preisstabilität zuständig. "Mia san mia!" würde man in Bayern sagen. Jedoch stand die Unabhängigkeit nur in einem Bundesgesetz. 1982 warnte der damalige Finanzminister Apel, man könne das Gesetz auch ändern. 1998 wollte der neue Finanzminister Lafontaine genau das tun. Er nannte es einen Skandal, dass die Bundesbank nicht dem Wählerwillen und der Regierung unterworfen sei. Lafontaine musste allerdings zur Kenntnis nehmen, dass die Unabhängigkeit der Bundesbank nach dem Maastricht-Vertrag Verfassungsrang bekommen hatte.

Heute liegt die Kompetenz für die Geldpolitik bei der Europäischen Zentralbank (EZB). Deren erklärte Bereitschaft, mit "Outright Monetary Transactions" (OMT) Anleihen bestimmter Staaten zu kaufen, steht heute auf dem Prüfstand des Bundesverfassungsgerichts. Die Bundesbank hat dazu eine Stellungnahme vorgelegt, mit der sie selbst die Unabhängigkeit der Zentralbank gefährdet, ein Eigentor.

Es geht darum, ob OMT mit dem Maastricht-Vertrag vereinbar sind. Zwar

ermächtigt der Vertrag die EZB, beliebige börsengängige Papiere auf dem Markt zu kaufen, doch heißt es bei der Bundesbank, ein solcher Kauf von Staatsanleihen sei äquivalent der direkten Staatsfinanzierung durch die Zentralbank. Da der Vertrag die direkte Staatsfinanzierung verbiete, müsse auch der Ankauf von Staatsanleihen verboten sein. Das Bundesverfassungsgericht stellte dazu fest, ein Ankauf sei verboten, wenn er nicht geldpolitischen Zielen, sondern der Staatsfinanzierung diene.

Die EZB behauptet, das OMT-Programm diene geldpolitischen Zielen; in den Problemländern sei der geldpolitische Transmissionsmechanismus gestört. Aufgrund der Marktturbulenzen in der Krise seien Maßnahmen der Zentralbank wie Zinssenkungen nicht mehr bei der Realwirtschaft angekommen. Nach Meinung der Bundesbank sind die Marktturbulenzen nicht als Indizien für Störungen des Transmissionsmechanismus, sondern als Zeichen für Fundamentalprobleme in den Krisenländern zu werten. Sie fordert damit das Gericht auf, die Frage zu klären, ob eine Störung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus vorliegt oder nicht.

Ein solches Urteil würde jedoch gegen die Unabhängigkeit der EZB verstoßen. Eine unabhängige Instanz muss im Konfliktfall nachweisen, dass sie ihr Ermessen nicht willkürlich ausübt, nicht aber, dass ihre Entscheidung materiell angemessen ist. Wenn ich als Prüfer eine schlechte Note vergebe, muss ich notfalls nachweisen, dass ich keinen Formfehler begangen habe und auch nicht willkürlich vorgegangen bin, nicht aber,

dass meine Wirtschaftstheorie besser ist als die des Kandidaten.

Indem die Bundesbank die Frage zur Diskussion stellt, ob eine Störung des Transmissionsmechanismus vorliegt oder nicht, gefährdet sie die Unabhängigkeit der Zentralbank. Lässt sich das Gericht auf diese Frage ein, so schafft es einen gefährlichen Präzedenzfall. Ministerpräsident Rajoy in Spanien und Präsident Hollande in Frankreich werden nicht zögern, dem Beispiel zu folgen, mit anderen Inhalten, aber derselben juristischen Logik. Sollte es zur Auflösung der Währungsunion kommen, so würden Lafontaines Nachfolger dafür sorgen, dass auch die Bundesbank nicht wieder "Mia san mia" sagen kann.

Staat und Politik sind darauf angewiesen, dass die Bürger Vertrauen in das Geld haben. Dabei stehen sie in der Versuchung, das Vertrauen zu missbrauchen, indem sie zusätzliches Geld drucken, um die öffentlichen Haushalte zu finanzieren, die Konjunktur zu stützen u. Ä. Die Unabhängigkeit der Zentralbank bietet einen gewissen Schutz vor dieser Versuchung. Sie darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Gewiss hat die EZB die Zentralbankgeldmenge dramatisch ausgeweitet. Bisher hat das aber nicht inflationär gewirkt. Insofern ist davon auszugehen, dass die EZB tatsächlich nur die Störungen des geldpolitischen Transmissionsmechanismus durch die Krise neutralisiert hat.

Der Autor ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bonn.
 gastautor@handelsblatt.com

Abbildung: Jose Giribas images.de [M]
Kategorien: Zentralbank, Zinsen